

Schutzgemeinschaft kritisiert Vorgehen der Lineg

Jahrzehntelang habe der Entwässerungsverband gebetsmühlenartig wiederholt, dass alle durch den Bergbau verursachten Probleme beherrschbar seien, kritisiert die SGB. Jetzt zeige sich, dass das nicht der Fall sei.

RHEINBERG/ALPEN |(up) Die Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB), die die Interessen vieler Menschen besonders in Rheinberg vertritt, die unter den Folgen des Steinkohlebergbaus zu leiden haben, geht hart mit der Linksnieder-rheinischen Entwässerungs-Genossenschaft (Lineg) ins Gericht. Und zwar vor dem Hintergrund, dass in Menzelen-Ost zahlreiche Keller durch extrem hohe Grundwasserstände vollgelaufen sind und immer noch volllaufen. Gerade erst hat die Genossenschaft mitgeteilt, dass jeder einzelne Fall der Betroffenen genau geprüft werden soll. Pauschalregelungen soll es nicht geben.

„Da wurde jahrzehntelang gebetsmühlenartig wiederholt, die Lineg würde alle durch den Bergbau verursachten Probleme beherrschen“, so die SGB. „Bergbauunternehmer und Bergbehörde beschwörten, dass alles ‚technisch beherrschbar‘ wäre. Und was jetzt? Kaum kommt mal mehr Regen als (angeblich ein ‚extremes Jahrtausend-Ereignis‘) und dann kommen wieder die üblichen Parolen: Damit habe keiner rechnen können, das konnte keiner ahnen, für so-was kann man keine Vorsorge treffen.“

Wenn man dafür keine Vorsorge treffen könne, dann hätte der Bergbau auch keine ganzen Landstriche absenken dürfen, wodurch erst das steigende Grundwasser zu solchen Gefahren geführt habe, heißt es. Die SGB: „Kaum vorzustellen, wenn die Lineg auch noch Probleme durch ein wirkliches Hochwasser im Rhein hätte bewältigen müssen.“ Man frage sich, wessen Wohl der Vorstand der Lineg, Volker Kraska, wohl im Sinn habe, wenn er abwehrend davon spreche, die einzige Lösung zur Vorsorge sei, das ganze Leistungssystem kostenintensiv umzustellen. „Dann soll doch die Lineg die übernommene Pflicht mal in Angriff nehmen. Die Salzbergbauunternehmen als Verursacher des Problems stehen als Kostenträger zur Verfügung“, so die SGB.

Tröstlich, wenn dann noch angeführt werde, eventuell würden die Bürgerinnen und Bürger entschädigt. „Wie das zum Teil geschieht, haben wir in Fragen des Bergbaus leidlich erfahren müssen“, teilt die Schutzgemeinschaft mit. „Die Menschen wollen keine Entschädigung, die wollen erst mal gar kein Wasser im Keller haben. Die wochenlangen Belästigungen und so weiter. können sowieso nicht vernünftig entschädigt werden.“

Und dann habe die Lineg im Verfahren für die neuen geplanten Absenkungen am Niederrhein durch den Salzbergbau durch das K+S-Werk in Borth wiederum beteuert, es sei alles „technisch beherrschbar“. „Was sollen sie auch anderes sagen, gehören doch die Bergbauunternehmen zu ihren wichtigsten Genossen“, kritisiert die Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener in ihrer Mitteilung.